

Gerd Weidenhausen

Die Zuschauer-Demokratie und ihre Akteure

Politik-Inszenierung im Wahlkampf 2021 am Beispiel der Klimarettung

Eine unter den vielen Eigentümlichkeiten der alle vier Jahre stattfindenden Bundestagswahlen ist, dass die Wahlberechtigten von den um ihre Gunst buhlenden Parteien bei ihren privaten Unzufriedenheiten »abgeholt« werden. Die Politiker versprechen den Wählern, diese Probleme im Falle ihres Wahlsieges zu beheben – insofern und insoweit die mit dem künftigen Koalitionspartner einzugehenden Kompromisse das zulassen. In den Wahlprogrammen werden diese Probleme nach Themengebieten aufgelistet und Lösungskonzepte vorgestellt. Diese Vorstellungen über Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Sicherheits- bis hin zur Außenpolitik sollen den Wahlberechtigten als Orientierung dienen. Die Politiker hoffen, auf diese Weise die Bevölkerung so beeinflussen zu können, dass ihre Partei durch die Stimmabgabe von den Wählern zum Vollzug ihrer Programme ermächtigt werden. Diese Form der Ermächtigung im Sinne eines Delegierens von politischer Handlungsvollmacht an die gewählten Volksvertreter macht den Kern der repräsentativen Demokratie aus. Die allseits gelobte und als beste aller Welten erachtete Staatsform besteht somit darin, dass Privatinteressen der Staatsbürger als gesellschaftliches Problem gewürdigt und in ein ideelles Gesamtinteresse überführt werden. Unter verschiedenen Slogans wie: »Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes«, »Vereinbarkeit von Klimaschutz und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit«, »globale Verantwor-

tung für Demokratie und Menschenwürde« usw. firmieren dann solche als »Gesamtinteresse« ausgegebenen Bündel von Partikularinteressen. Der verantwortungsvolle Staatsbürger soll sich so mit einer »größeren Sache«, dem »nationalen Interesse« oder der »westlichen Wertegemeinschaft« identifizieren können. Die Wahlen garantieren in der repräsentativen Demokratie letztlich das Einvernehmen der Wahlberechtigten über die nach den Wahlen über sie verhängte Politik.

Weil dem so ist, macht der Wähler in Kenntnis dieses Umstands vorab Abstriche bei den an ihn herangetragenen Wahlversprechen. Er geht somit nicht demokratietheoretisch, sondern pragmatisch ans Werk seiner Stimmabgabe. Indem er seine politische Handlungsvollmacht an die gewählten Volksvertreter delegiert, macht er sich zum Zuschauer, Beobachter und kritischem oder zustimmendem Kommentator des an ihm vollzogenen Regierungshandelns. Er wird zum Objekt der Staatsgeschäfte.

Der allseitigen Bedienung dieser Wählerbedürfnisse sind jedoch – allein schon wegen der horrenden Staatsverschuldung – Grenzen gesetzt. Genau an dieser Bruch- bzw. Baustelle entlang argumentieren über alle Legislaturperioden hinweg jene Parteien, die sich traditionell auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit fokussieren und daher erhöhte Staatsausgaben als das kleinere Übel betrachten. Demgegenüber stehen jene Parteien, die den Fürsorgestaat

die Drei 5/2021

als Hemmschuh der freien Marktwirtschaft und des Unternehmertums sehen. Eine Partei allerdings beansprucht für sich, sowohl die Staats- als auch die Wirtschaftsseite im alle diese Teilfragen überragenden Überlebensinteresse der Gesamtmenschheit – Stichwort Klimakrise – bedienen zu können.

Politiker erbringen keine wirtschaftlichen Leistungen. Sie müssen auf diese zurückgreifen, wenn sie ihre Versprechungen zumindest ansatzweise umsetzen wollen. Der wirtschaftlich tätige Staatsbürger muss somit dem Staat Steuern entrichten. Weil sich Steuern nicht beliebig vermehren oder erhöhen lassen, finanzieren Politiker ihre Wohltaten über Kredite. Die Staatsverschuldung Deutschland ist mittlerweile auf etwa 2,3 Billionen Euro angestiegen, die laut Haushaltswurf des Bundes für das kommende Jahr um eine Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro ergänzt werden muss. Da stellt sich die Frage, wie, wann und in welchem Ausmaß das Staatsbudget für welche Interessengruppen und Sachgebiete bzw. Problemfelder verteilt werden kann – insbesondere dann, wenn eine kostenintensive Energiewende bevorsteht, eine marode Infrastruktur saniert werden muss und vor allem die Folgekosten der staatlich beaufsichtigten Pandemie bewältigt werden müssen.

Das Ganze wird eingerahmt von einem demografischen Wandel, in dessen Folge die Rentenproblematik nur noch unter Finanzierungsvorbehalt diskutiert wird. Dieser Wandel geht mit einem Anstieg der alterungsbedingten Staatsausgaben einher, sozusagen einer impliziten Staatsverschuldung künftig anstehender Zahlungsverpflichtungen des Staates an die Rentner und Pensionäre, deren Anzahl relational zu den erwerbstätigen Steuerzahlern von Jahr zu Jahr wächst. Für alle Parteien stellt sich daher die Frage nach der Bezahlbarkeit dieser Herkules-Aufgaben, zumal die gesamtpolitische Lage als krisenhaft kommuniziert wird. Insofern stehen wir also wieder einmal vor einer »alles entscheidenden Bundestagswahl«, bei der es neben den vielen »kleineren Zielen« insbesondere um die das Überleben der Menschheit bedrohende Klimakrise geht. Die

Medien inspizieren eifrig wie die römischen Auguren Programmatik und Personal der angeblich bunter gewordenen Parteienlandschaft und unterziehen diese einer mehr oder weniger kritischen Würdigung. Was sagen also die Auspizien? Wie sieht unsere Zukunft in Anbetracht dieser politischen Vorhaben aus?

Freier Markt oder staatlicher Interventionismus

Zunächst lassen sich holzschnittartig zwei Lager ausmachen, deren Antworten auf die genannten Fragen der Krisenbewältigung allzu neu nicht sind: Während der marktwirtschaftlich orientierte, liberal-konservative Block aus Freien Demokraten und Union in der von staatlichen Eingriffen und Restriktionen unangetasteten Kreativität der Wirtschaftskraft die angemessene Antwort auf die Herausforderungen sieht, setzt man im links-grünen Lager von SPD, Linken und Grünen mehr oder minder auf staatlichen Interventionismus, sei es durch die staatliche Gewährleistung von ideellen Rahmenbedingungen für den Umbau hin zu einer ökologischen Energiewirtschaft, sei es durch einen weiteren Ausbau des Sozialstaats auf dem Wege der Umverteilung von Steuergeldern.

Bei diesen altbekannten Rezepten beider Lager ist der Dreh- und Angelpunkt die Frage der steuerlich Be- oder Entlastung: Während vor allem aus den Reihen der FDP Steuersenkungen – insbesondere für das mittelständische Unternehmertum – das Wort geredet wird, deren Gegenfinanzierung von einem dadurch ermöglichten Produktivitätswachstum realisiert werden soll, glauben SPD und Linke, aber auch die Grünen, durch eine Erhöhung des Erbschafts- und Spitzensteuersatzes sowie durch eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer die Kosten einer abgestuften Umverteilung und des Sozialstaates inklusive der anstehenden Klima- und Infrastrukturprojekte stemmen zu können. Wie dem auch sei: Bei der Identifizierung der Profiteure und Verlierer der fiskalischen Wahlversprechen kommt im Rekurs auf die Ergebnisse des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Rainer Hank im »Cicero« zum wenig überraschen-

den Befund: »Die von der Union und FDP versprochenen Steuerentlastungen bedeuten deutliche finanzielle Vorteile für Besserverdiener. Die Programme von SPD, Linken und Grünen bringen hingegen für untere und mittlere Einkommen einen Zuwachs bei verfügbarem Einkommen aus Nettolohn und Sozialtransfers.«¹

Nirgendwo, so scheint es, sind die Unterschiede in der politischen Parteienlandschaft so groß wie in Fragen der Steuerpolitik. Je nach Steuerplänen von Union, FDP, Linken, SPD und Grünen geht es um Be- und Entlastungen der verschiedenen Einkommensklassen in einer Spanne von 40.000 bis 300.000 Euro Bruttoeinkommen jährlich. Im links-grünen Lager wird die Entlastung der Ärmeren auf Kosten einer stärkeren Besteuerung der Reichen ermöglicht. Die Umsetzung des FDP-Programms würde den Staatshaushalt mit 88 Milliarden Euro belasten, während im Falle der Union mit 33 Milliarden Euro gerechnet wird. Das Ganze mit Verzicht auf Steuererhöhungen unter Beibehaltung der Schuldenbremse. Rainer Hank kommentiert daher: »Das wird ökonomisch nur dann gut gehen, wenn das Wirtschaftswachstum derart anspringt, dass die Steuern von allein sprudeln.«²

Mit Verweis auf Ralf Dahrendorfs Warnung, dass »die Suche nach Gleichheit der Bedingungen und Resultate [...] in der Tyrannei enden« müsse«, argumentiert hingegen in Bezug auf die Folgen eines Umverteilungs-Fürsorgestaates die FDP-Bundestagsabgeordnete Linda Teuteberg, dass »Volkswirtschaft kein Nullsummenspiel« ist, »dessen Ergebnis nur gerechter zu verteilen sei«.³ Diese Gefahr besteht nicht nur dann, wenn mit Flug- und Verbrennungsmotor-Verboten der CO₂-Ausstoß reduziert werden soll, sondern wenn der Staat darüber hinaus in Belange eingreift, die außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs liegen.

Neben diesem Feld staatlich beaufsichtigter Fiskalpolitik bietet auch der Themenschlager Klimapolitik Anlass für unterschiedliche Gewichtungen in der Frage, ob der interventionistische Staat oder die freien Marktkräfte die Klimakrise am wirkungsvollsten »bekämpfen« könnten. Mit Ausnahme der AfD scheint es eine parteiübergreifende Übereinstimmung, dass

dem Klimaschutz oberste Priorität eingeräumt werden muss. Das ist angesichts des in den letzten Jahrzehnten gehäuften Auftretens von Dürreperioden, Waldbränden, Hitzerekorden, Überschwemmungen, Sturmfluten und wegen des zunehmenden CO₂-Ausstoßes als angeblich maßgeblichem Antreiber der Klimakrise auch naheliegend. Hier hat sich mit der 1980 gegründeten westdeutschen Partei »Die Grünen«, die 1990 mit dem ostdeutschen »Bündnis 90« fusionierte, eine aus »Fundis« und »Realos« zusammengesetzte »Protestpartei« etabliert, die sich in Sachen Klimawandel als prononcierter Sachverwalter dieser Überlebensfrage der Menschheit inszeniert, der zu wissen vorgibt, wie »die Welt gerettet werden« könne.⁴

Ein Führungsduo für klimagerechten Wohlstand

Da bei der Weltrettung keine Zeit zu verlieren ist, formuliert »Bündnis 90/Die Grünen« auch die ambitioniertesten Klimaziele. Denn während die Unionsparteien und die FDP durch technische Innovationen sowie den Ausbau erneuerbarer Energien unter Wahrung marktwirtschaftlicher Prinzipien erst bis 2045 eine CO₂-Neutralität erreichen wollen und »Die Linke« dasselbe fünf Jahre früher durch eine (Teil-) Verstaatlichung der Energiekonzerne sowie einen 20 Milliarden Euro schweren Transformationsfonds, beabsichtigen die Grünen, in einem Sofortprogramm schon bis 2030 den Emissions-Ausstoß um 70% zu reduzieren. Um flotte Sprüche waren sie dabei nicht verlegen. Nicht etwa von der AfD, sondern von den Grünen stammten der Wahlkampfslogan »Deutschland. Alles ist drin« und das Optimismus und Tatkraft verströmende Versprechen »Deutschland kann so viel mehr«. Ebenso verkündete Annalena Baerbock voller Elan bei der Vorstellung des Bundeswahlprogramms am 18. März 2021: »Dies kann ein Jahrzehnt des mutigen Machens und des Gelingens werden. Jetzt ist es Zeit für eine Politik, die über sich hinauswächst.«⁵

Die Grünen traten mit der Doppelspitze Annalena Baerbock und Robert Habeck und dem Versprechen an, alle dringlich zu bewältigenden Modernisierungsaufgaben mit besseren

Konzepten zu begegnen als ihre Konkurrenz. Dabei verstanden sie es in den Anfangszeiten des Wahlkampfes meisterhaft, sich selbst in Gestalt ihres stets bemüht locker-lasziv und einen hippen Unterhaltungswert ausstrahlenden Führungsduos zu inszenieren. Jeder Auftritt garantierte eine postmodern grundierte, quasi-familiäre Partystimmung mit zwei sich verständnisvoll zuzwinkernden, um Achtsamkeit und Fairness bemühten Darstellern eines Leichtigkeit, Zuversichtlichkeit und Weltoffenheit verkörpernden, neuen Politikertypus.

Diesen neuen Politik-Ikonen war die euphorisch-begeisterte Aufnahme eines Großteils der veröffentlichten Meinung gewiss, verkörperten sie doch den herbeigesehnten Aufbruch ins Neue, ausgestattet mit unverbrauchten intellektuellen Ressourcen und unerschöpflichen alternativen Energien. Die Grünen legten mit diesem Duo und ihrem Programm »eine Vitaminspritze für dieses Land vor«, einen »Aufschwung, der über das rein Ökonomische hinausgeht«, indem er »für klimagerechten Wohlstand sorgt.«⁶ Mit diesen begriffsakrobatischen Bemühungen, durch die anscheinend der Eindruck einer den Wohlstand einschränkenden Klimapolitik vermieden werden sollte, füllte man inhaltlich die Begeisterung auslösende Ausgangshymne, laut der »Deutschland viel mehr kann«, weil – dank den Grünen – »Alles drin« ist.

Angesichts eines rücksichtslos ausgeplünderten und zerstörten Ökosystems müssten alle »Kosten« zur Rettung des Planeten relative Größen und somit unumgänglich sein. Ein zeitliches Hinausschieben notwendiger Maßnahmen im Rahmen kleinlichen Taktierens um Pfründe und diverse Besitztümer, deren Vergänglichkeit – vom Ende her gedacht – eine ausgemachte Sache ist, erscheint unverantwortlich und gefährdet unserer aller Existenz. Aus dieser Perspektive wirkt das den Zeitdruck anzeigende »Jetzt«, das zum festen Bestandteil der politischen Grammatik der Grünen gehört, unausweichlich. Umso unverständlicher mutet aber aus dieser Perspektive die vorweggenommene programmatische Kompromissformel einer Vereinbarkeit von Wohlstand und klimagerechten Handeln an – es sei denn, man glaubt

den heraufbeschworenen Untergangsszenarien selbst nicht so sehr, wie man vorgibt.

Träfe dies zu, so dienten diese, als Mittel der angsterzeugenden Übertreibung, dem wohlfeilen Zweck, für unumgänglich befundene Veränderungen durchzusetzen, bei denen man die Leute zu ihrem Glück tragen muss. Mit diesem Politik- bzw. Strategiemuster wäre man vollends da angekommen, von wo man einst als »alternative Protestpartei« weg wollte: beim wohlkalkulierten Geschäft der Instrumentalisierung und einer Denkweise, bei der letztlich die hehren Ziele und Zwecke alle Mittel heiligen. Diese Denkweise würde aber »die Natur«, zu deren Rettung sie vorgeblich antritt, genauso zum Objekt und Mittel degradieren.

Wolken am »grünen« Hoffnungshorizont

Schnell verblasste die Anfangseuphorie um die Grünen und deren Spitzenduo, besonders als die zur Kanzlerkandidatin gekürte Annalena Baerbock sich eine Reihe misslicher Fehlritte in Sachen Schönung der eigenen Biografie, zu spät gemeldeter Sondereinkünfte usw. leistete. Für den Beobachter war auffällig, wie dünnhäutig und zum Teil verbal übergriffig Vertreter der Grünen, die ansonsten in Sachen moralischer Entrüstung alles andere als Zurückhaltung üben, auf diese »Enthüllungen« reagierten.⁷ In gewohnter Oberlehrer-Manier, ausgestattet mit einer seinen Kollegen und Kolleginnen eigenen Selbstgerechtigkeit, bügelte der Grünen-Politiker Jürgen Trittin in einem ›Spiegel-Interview sämtliche Vorwürfe an Baerbock und an dem eigenartigen Auftritt seines Parteivorsitzenden Habeck in der Ukraine ab, bei dem letzterer gegen die viel beschworene russische Aggression Waffenlieferungen an die Ukraine das Wort sprach – ganz gegen den Geist der diesbezüglichen EU-Beschlüsse und dem Grünen-Versprechen, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu exportieren.⁸

Allmählich entdeckte auch der ›Spiegel«, ansonsten den Grünen im Chor mit ›Stern«, ›Süddeutscher Zeitung«, ›Frankfurter Rundschau und den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunk-Anstalten sehr zugetan, dass dort,

wo die Grünen auf Landesebene mitregieren, sich eine Kluft zwischen Macht und Moral aufzutut, meist auf Kosten der »grünen Ideale«. Der mehr einführende als kritische Artikel zieht ein Fazit, das Aufhorchen lässt: »Paradoxerweise waren die Grünen bis dato gerade dort erfolgreich, wo die Widersprüche zwischen den eigenen Grundwerten und der Realpolitik besonders offensichtlich wurden.«⁹

Hätte der ›Spiegel‹ hier nachgehakt, so wäre er wohl auf die spezifische Bewusstseinsverfassung eines erklecklichen Teils des Grünen-affinen, gutverdienenden, akademisch-urbanen, mit postmodernen Werten liebäugelnden Milieus aufmerksam geworden, für das ein gewisses Maß an Doppelmoral und die Kluft zwischen obligatorischen Klima- und Weltrettungsverlautbarungen einerseits und der eigenen Lebenswirklichkeit mitsamt privilegierten (post-) materiellen Selbstverwirklichungsansprüchen andererseits kein Problem zu sein scheint.¹⁰ All das wären Lappalien, tönnte aus diesem Milieu nicht penetrant das Loblied auf eine moralisierende Art der Politik, die Forderungen stets nur an die Anderen adressiert – also an Menschen, die einfach »noch nicht so weit« sind, oder an den Staat, noch besser internationale Institutionen, die es richten sollen.

Dazu kann man mit Rüdiger Safranski schlicht konstatieren: »Aber vergessen wir nicht: Wer moralisch argumentiert, ist deshalb noch nicht moralisch.«¹¹ Und man darf sich dann auch selbst an moralischen Maßstäben messen lassen. So heißt es in einem Beitrag in der ›Welt‹ vom 26. August 2021: »Der Leiter von Annalena Baerbocks Wahlkampftour kommt von einer Agentur, die auch PR für Saudi-Arabien organisierte. Flexibel bei Partnern aus der Wirtschaft war auch Baerbocks Mann. Kaum eine Partei hat sich in den vergangenen Jahren so gegen intransparente Lobbypraktiken engagiert wie die Grünen. Gemessen daran ist zumindest auffällig, wie eng ausgerechnet einige Leute aus dem Umfeld von Spitzenkandidatin Annalena Baerbock in die Berliner PR- und Lobby-szene eingebunden sind.«¹²

Nun mag dieser Gang in die Niederungen der Realpolitik einer ehemaligen Alternativ-Partei,

die dem Establishment den Kampf ansagte, nicht verwundern, gehört doch zum Erwachsenwerden die desillusionierende Einsicht, dass die Jugend-Ideale sich an den Sachzwängen der Lebenswirklichkeiten abschleifen und letztlich verbrauchen, bis sie verstummen – wenn nicht aus eigener innerer Gedankenkraft selbst anerzogene Ideale an ihre Stelle gesetzt werden können. So gesehen reihen sich die Grünen nahtlos in den Reigen der Parteienlandschaft mit all ihren Ecken und Kanten und ihren gelegentlich zutage geförderten Korruptionsaffären und anderen Unregelmäßigkeiten ein, wäre da nicht das hohe moralische Ross, auf dem die grüne Epigonen-Schar durch die Niederungen der bundesdeutschen Politik dahinreitet und sich selbst als Lehrmeister in Sachen Demokratie, Transparenz und Menschenrechte feiert.

Grüne Außen- und Sicherheitspolitik

In besonderer Schärfe tut sich hier das regelmäßig vernachlässigte Feld außen- und sicherheitspolitischer Themen auf, in dem die Grünen einst – lang ist's her – als friedenspolitische Kraft *par excellence* reüssierten, bis dann der Entschluss des damaligen grünen Außenministers Joschka Fischer 1999 beim völkerrechtswidrigen Krieg gegen Ex-Jugoslawien mitzuwirken, diesem Traum ein jähes Ende bereitete. Die Häutung begann. Heute ist sie in folgendem Stadium angelangt: Zur Begründung ihrer Ablehnung der Gas-Pipeline ›Nord-Stream 2‹, welche die USA sowohl unter Donald Trump als auch aktuell unter Joe Biden mit allen Mitteln verhindern wollten, erklärte Baerbock: »Ich halte diese Pipeline nach wie vor für falsch, aus klimapolitischen Gründen, aber vor allem auch geostrategisch.«¹³

Dieses Statement ist nun im Kontext eines Aufrufs der Parteistiftung von ›Bündnis 90/Die Grünen‹, der Heinrich-Böll-Stiftung zu lesen, in dem für eine »substanzielle Erhöhung« des deutschen Militäretats, für ein Fortbestehen der Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland als Bestandteil der »nuklearen Teilhabe« geworben wird. Dass dieser Aufruf keine zu vernachlässigende Randerscheinung im Stiftungs- und

Politikgefüge der bundesdeutschen Parteien ist, zeigt folgende prominente Schar von Förderern und Unterstützern desselben. Neben den Autoren und Unterzeichnern in Gestalt des Vorsitzenden der Grünen-Stiftung sowie eines »Generalleutnant a.D. der Bundeswehr genannt, der 2014 als hochrangiger NATO-Funktionär federführend mit der NATO-Neuausrichtung gegen Russland befasst war«, finden sich als Unterzeichner Mitarbeiter folgender transatlantischer Außenpolitik-Think-Tanks: »Atlantik-Brücke«, »German Marshall Fund of the United States«, »Aspen Institute Deutschland«, außerdem Patrick Keller, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und andere ranghohe Militärs. Dazu heißt es in dem Portal »German Foreign Policy« weiter: »Die offen zur Schau gestellte programmatische Nähe der grünen Parteistiftung zu hochrangigen Ex-NATO-Militärs ist in dieser Form neu.« Und zur Erklärung dieser Besonderheit wird angeführt: »Der Vorstoß der Grünen-Parteistiftung in Sachen Militarisierung und Nukleare Teilhabe erfolgt parallel zu einer Zuspitzung der Außenpolitik der Partei, die immer aggressiver gegen China und gegen Russland mobilisiert – und sich damit als Speerspitze im Kampf um die Festigung der im Niedergang begriffenen globalen Hegemonie des Westens profiliert. »Putins Russland ist kein Partner für uns, sondern ein Gegner«, erklärte unlängst der Grünen-Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir. Bündnis 90/Die Grünen gilt schon seit Jahren als »Partei der Besserverdienenden, die bei einem globalen Abstieg mehr als andere zu verlieren haben. Bereits 2004 zeigten Umfragen, dass Mitglieder der Grünen beim Durchschnittseinkommen die Mitglieder der FDP – zuvor die Nummer eins – klar überholt hatten.«¹⁴

Angesichts solch angedeuteter Aussichten im Falle einer mit ziemlicher Sicherheit eintretenden Regierungsbeteiligung der Grünen erscheint deren Klage über die alternativlose Konzept- und Ideenlosigkeit der »Alt-Parteien« von Union, SPD und FDP geradezu als unfreiwilliges Lob. Auch die ironisierende Redewendung vom alle Zeiten überdauernden, alle Parteien durchdringenden »Merkelismus«¹⁵

als Methode unscheinbaren, dabei in kalkulierender Abwägung von Interessenlagen sich geschickt durchschlängelnden Regierens ist in Anbetracht dessen, was grünes Machtkalkül an ungemütlichen Überraschungen bereithält, im Grunde ein indirektes Lob. Der ökologische Reduktionismus der Grünen ist nur das eine Problem. Jochen Bittner hat in der »Zeit« detailliert dargelegt, inwiefern hier »in Wahrheit wenig Zukunftsweisendes«¹⁶ kommt.

Die angedeutete außen- und sicherheitspolitische Stoßrichtung der Grünen entspricht den Träumen jener Hardliner, denen Kooperation ein Gräuöl ist. Hier geht es immerhin um die Frage von Krieg und Frieden. Es macht schon stutzig, mit welcher demonstrativer Selbstverständlichkeit man sich anschickte, zum Parteitag von »Bündnis 90/Die Grünen« die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright als Gastrednerin einzuladen, eine Person, die durch folgenden »Offenbarungseid« Eingang in die Geschichtsbücher finden dürfte: Lesley Stahl vom amerikanischen Fernsehmagazin »60 Minutes« stellte Albright, damals US-Botschafterin bei der UNO, am 12. Mai 1996 folgende Frage: »Wir haben gehört, dass eine halb Million Kinder im Irak gestorben ist. Das sind mehr als in Hiroshima starben. Ist das den Preis wert?« Madelaine Albright antwortete: »Ich finde, dies ist eine sehr schwierige Wahl, aber der Preis ... Wir meinen, es ist den Preis wert.«¹⁷ Wie steht es da mit der Moral der Grünen?

Ein Plädoyer gegen Bevormundung

Aber jenseits von Ökologie und Außenpolitik wäre auch die Frage nach dem Fortbestand und Erhalt einer offenen, durch Toleranz und geistige Freiheit charakterisierten Gesellschaft zu stellen. Angeregt durch bestimmte Milieus, so Jens Jessens Beobachtung in der »Zeit« vom 26. August 2021, droht das gesellschaftliche Miteinander in eine (Un-)Kultur des Verdachts, der Beaufsichtigung und Bevormundung umzuschlagen. Es seien im Folgenden einige Passagen aus seinem lesenswerten Artikel »Neben an lauert der Nachbar« zitiert: »Ob es ums Impfen, die Klimarettung oder den Genderstern

geht – die Politik dringt zunehmend in das Privatleben vor und sät Misstrauen. [...] Sind die Nachbarn womöglich Impfverweigerer und insofern für die nicht endenden Corona-Beschränkungen meines Alltags mitverantwortlich? Fahren sie mit dem schweren SUV und ruinieren damit das Weltklima, oder gehören sie umgekehrt zu den grünen Fanatikern, die mir die Freude am Autofahren verderben? [...] Die Gesinnung hat das Private [...] und darum Tolerierbare verloren. [...] Und diese Aussicht eröffnen beileibe nicht nur die grüne Partei und ihre vielleicht sogar überlebensnotwendige Umweltpolitik. Es sind auch andere Parteien, die mit einer rigorosen Wohnungspolitik (durch ausufernden Bau, Mietendeckelung, Enteignungsdrohung) oder mit einer moralisch zensurierenden Sprachpolitik tief in das Leben, sogar in das Gewissen der Bürger eingreifen wollen. Es ist eine Rolle, die man dem demo-

kratischen Staat bisher nicht zugebilligt [...] hat. Es war eine Sache sozialistischer und anderer Diktaturen, dem Bürger einen bestimmten Lebensstil vorzuschreiben, bestimmte sprachliche Ausdrucksformen zu fordern, Bücher zu verbieten oder umzuschreiben. [...] Jetzt sieht es so aus, als könne es auch in der parlamentarischen Demokratie zu weitgehender Bevormundung und Gängelung kommen: Wenn die Regierungsbildung durch Milieus bestimmt wird, die sich oder die ganze Welt in einem Not- und Ausnahmezustand wähnen, der geradezu danach schreit, die Minderheiten, die sie für den Notstand verantwortlich machen (Klimasünder, Impfverweigerer, ›alte weiße Männer‹) zu gängeln und umzuerziehen.«

Gerd Weidenhausen, geb. 1955, studierte Erziehungswissenschaften und Kunsttherapie/Kunstpädagogik, tätig als Waldorflehrer und Autor.

1 Rainer Hank: ›Wettbewerb für ein besseres Deutschland‹, in ›Cicero – Sonderheft Bundestagswahl 2021‹, August 2021, S. 61.

2 A.a.O., S. 63.

3 Linda Teuteberg: ›Wir sind für alle, die Fortschritt wollen‹, in: ›Die Zeit‹ vom 19. August 2021.

4 Vgl. Ulrich Dichtner: ›Fundis, Realos, Hedonisten – Das grüne Dilemma‹, in: ›Der Spiegel‹ Nr. 22 vom 29. Mai 2021.

5 www.facebook.com/B90DieGruenen/videos/die-pr%C3%A4sentation-des-entwurfes-f%C3%BCr-unser-wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2021/823509218245005/

6 A.a.O.

7 Lucien Scherrer: ›Autoritäre Reflexe – Wenn Grüne in den Trump-Modus verfallen‹ – www.nzz.ch/feuilleton/autoritaere-reflexe-wenn-gruene-in-den-trump-modus-verfallen-ld.1635177

8 »Wir werden angegriffen, da passieren Fehler«, in: ›Der Spiegel‹ Nr. 22 vom 29. Mai 2021.

9 Matthias Bartsch u.a.: ›Gegenwind für Baerbock und Habeck: Die Grünen zwischen Macht und Moral‹, in: a.a.O., S. xy.

10 Vgl. Sahra Wagenknecht: ›Die Selbstgerechten‹, Frankfurt a.M. 2021. In diesem lesenswerten Buch desavouiert die Autorin nicht nur das »links-liberale« Selbstverständnis identitätspolitischer Streiter im Kampf gegen allerlei sich gegen Minoritäten

richtende Repressionen bei gleichzeitigem Einsatz für symbolpolitische und finanzielle Anerkennung ihrer Klientel. Wagenknecht weist auch inhaltlich das Begriffspaar »linksliberal« als unzutreffend aus, denn als Linker müsste man sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen ökonomisch Benachteiligter einsetzen, als Liberaler für bedingungslose Denk- und Redefreiheit statt einer Praxis der *Cancel Culture*. Das Vorhalten dieses Spiegels hat einige Genossen in der ›Linken‹ dazu bewogen, gegen die Autorin ein Parteiausschlussverfahren anzustrengen.

11 www.augsburger-allgemeine.de/kultur/Interview-Safranski-Die-politische-Kultur-wirkt-fast-wie-ein-schlechter-Witz-id60369366.html

12 Uwe Müller & Hans-Martin Tillack: ›Der erstaunliche Pragmatismus der Baerbock-Vertrauten‹, in: ›Die Welt‹ vom 26. August 2021.

13 www.heise.de/tp/features/Nord-Stream-2-Die-Suche-nach-dem-Hebel-gegen-Russland-und-das-Klima-6146878.html

14 www.german-foreign-policy.com/news/detail/8504/

15 www.freitag.de/autoren/der-freitag/merkeltritt-ab-der-merkelismus-lebt-weiter

16 Jochen Bittner: ›Land der Amateure‹, in ›Die Zeit‹ Nr. 34 vom 19. August 2021.

17 Zitiert nach Karl Ove Knausgaard: ›Das Amerika der Seele‹, München 2016, S. 387.